



Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr (EKUV/XVII/002/2017)

Sitzungstermin: Dienstag, den 10.01.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:16 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jochen Kruse bis einschließlich TOP 9.2 anwesend

stellv. Vorsitzende/r

Herr Dirk Beening

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Bonow

Herr Thomas Bruns

Herr Sven Dirksen

Herr Sönke Eden

bis einschließlich TOP 7 anwesend

Herr Paul Foest

Frau Annegret Hahn

bis einschließlich TOP 9.2 anwesend

Herr Michael Runden

Herr Bruno Schachner

Herr Heinz Dieter Schmidt

Frau Beate Stammwitz

bis einschließlich TOP 9.2 anwesend

Herr Michael Weber

bis einschließlich TOP 5 anwesend

beratende Mitglieder

Herr Norbert Bakker

Herr Wolfgang Buhr

Herr Bernd Hillrichs

Herr Joachim Rediker

bis einschließlich öffentlicher Teil Sitzung anwesend

Frau Erika Spier

bis einschließlich TOP 9.2 anwesend

Verwaltung

Herr Jens Bachmann

Herr Ehler Cuno

Herr Karsten Everth

Herr Gerhard Krone

Frau Beatrix Kuhl

bis einschließlich TOP 4.2 anwesend

Herr Jens Lüning

Herr Carsten Schoch

Frau Insa Seiwald

Herr Uwe Vogelsang

Gäste

Herr Günter Jelting

bis einschließlich öffentlicher Teil Sitzung anwesend

Herr Möhlmann

bis einschließlich TOP 4.2 anwesend

Herr Dr. Rainer Schwerdhelm

bis einschließlich TOP 4.2 anwesend

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Jörg Betz

Herr Hans Fricke

Frau Claudia Wostratzky

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 23.11.2016
(EKUV/XVII/001/2016)
- 4 Bummert
- 4.1 Vortrag Dr. Schwerdhelm
- 4.2 Bummert
 - Tempo 30-Forderung
 - Antrag der Gruppe Grüne/CDL vom 30.11.16
 - Vorlage: 2.61/XVII/0102/2016
- 5 Radverkehrskonzept
 - Sachstandsbericht
- 6 Klimaschutzkonzept
 - Sachstandsbericht
- 7 Informationen
- 7.1 Rinnenanlage Ostersteg
- 7.2 Pflegearbeiten Flächenpool Königsmoor
- 7.3 Erneuerung Fußgängerbrücken im Naherholungsgebiet sowie in der öff. Grünfläche am Diekeldammschloot
- 7.4 Umgestaltung des Ernst-Reuter-Platzes
- 7.5 Umgestaltung der Fußgängerzone
- 8 Anfragen
- 8.1 Parkbuchten Norderkreuzstraße
- 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten
- 9.1 Bummert

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kruse begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die zahlreichen Gäste und Zuhörer und wünschte Allen ein frohes neues Jahr. Dann eröffnete er die Sitzung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden auf seine Nachfrage hin nicht genannt.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Es wurden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 23.11.2016 (EKUV/XVII/001/2016)

Beschluss (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Niederschrift des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr vom 23.11.2016 (EKUV/XVII/001/2016) wird genehmigt.

TOP 4 Bummert

TOP 4.1 Vortrag Dr. Schwerdhelm

Herr Dr. Schwerdhelm stellte dem Ausschuss die Verkehrsuntersuchung Bummert 2016/2017 mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Er fasste vorab kurz zusammen, wie der Sachstand zum Bummert derzeit sei. Zur letzten Sitzung des EKUV am 23.11.16 habe das Ingenieurbüro IST gemäß des Auftrages der Stadt und der verkehrsbehördlichen Anordnung eine Vollbeampelung für die Kreuzung am Bummert erarbeitet. Hierbei sei aus Sicherheitsgründen eine Radfahrerführung auf den Nebenanlagen vorgesehen gewesen, welches kontrovers diskutiert worden sei. Neben dem Wunsch, die Radfahrer auch auf der Fahrbahn zuzulassen, sei außerdem der Auftrag erteilt worden, eine Alternative zu erarbeiten, die eine Fahrbeziehung als Linksabbiegespur von der Ubbo-Emmius-Straße in die nördliche Heisfelder Straße (stadtauswärts) beinhalte. Hierzu habe sein Mitarbeiter, Herr Möhlmann, kurzfristig eine weitere, jedoch kostenträchtige Umbauvariante erarbeitet, die heute vorgestellt werde.

Zunächst zeigte Herr Dr. Schwerdhelm die Unfallzahlen am Bummert von 2010 bis 2016, unterteilt nach der Gesamtanzahl der Unfälle, der Anzahl der Leicht- und Schwerverletzten sowie die Anzahl der Unfälle mit Fußgängern/Radfahrern. Es habe

hier pro Jahr zwischen 10 bis 18 Unfällen gegeben. Weiter seien mit Hilfe von fest installierten Videokameras die Verkehrsströme (Fahrzeuge/Radfahrer/Fußgänger) erneut aktuell ermittelt und elektronisch ausgewertet worden. Er zeigte dem Ausschuss einige anonymisierte Ausschnitte mit typischen, kritischen Situationen bzw. Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmern, die die Problematik am Bummert nochmals verdeutlichten. Er erläuterte im Folgenden den von der PGV-Alrutz GbR aus Hannover erarbeiteten Entwurf für die angestrebte Radverkehrsführung im Leerer Stadtring, der auch die Bummert-Kreuzung beinhalte. Angestrebtes Ziel sei dabei, die Radfahrer auf Radfahrstreifen auf der Fahrbahn zu führen bzw. generell die radverkehrsfreundliche Umgestaltung der Stadt. Sodann zeigte er die Verkehrsfluss-Simulation am Bummert bei Vollbeampelung auf der Grundlage der neuen Verkehrszahlen mit einem Aufschlag von ca. 5 % für die Wartezeiten und 200 Fahrzeugen zusätzlich pro Stunde. Zu sehen sei ein flüssiges Verkehrsgeschehen. Es gebe teilweise Stauerscheinungen, die sich jedoch schnell wieder auflösten. Die durchschnittlichen Wartezeiten seien durchaus erträglich.

Nun erläuterte Herr Dr. Schwerdhelm die beiden kurzfristig erarbeiteten weiteren Varianten, die ein Linksabbiegen von der Ubbo-Emmius-Straße in die Heisfelder Straße (stadtauswärts) ermöglichten mit jeweils unterschiedlicher Radfahrerführung - einmal auf der Straße, einmal auf der Nebenanlage -. Diese Varianten erfüllten den vielfach genannten Wunsch nach einer Linksabbiegemöglichkeit von der Ubbo-Emmius-Straße stadtauswärts in die Heisfelder Straße, so dass der Umfahungsverkehr durch die Weststadt damit vermieden werde. Sie erforderten jedoch einen kostenträchtigen, zeitaufwändigen Komplettumbau des Knotenpunktes. Er schätze die Umbaukosten auf mindestens 500.000 Euro ein. Die letzte Variante beinhalte die Führung der Radfahrer auf der Fahrbahn und laufe damit konform mit den Planungen der PGV-Alrutz GbR zur radfahrerfreundlichen Umgestaltung des Stadtringes. Aus seiner (Dr. Schwerdhelms) Sicht sei diese Variante daher die tragfähigste, mit am meisten Zukunftspotential.

(Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.)

Herr Schoch wies darauf hin, dass die Idee der bereits angesprochenen Linksabbiegemöglichkeit während einer Veranstaltung zur Sanierung der Weststadt geäußert worden sei, um damit den unerwünschten Umfahungsverkehr durch die Weststadt zu vermeiden. Die hierzu kurzfristig erarbeitete Variante müsse nun auf einer vernünftigen Vermessungsgrundlage durchgeplant werden. Außerdem sei eine belastbare Kostenschätzung zu erarbeiten als Entscheidungsgrundlage. Die Stadt beabsichtige, Fördermittel zur Finanzierung zu beantragen.

Herr Schachner drückte seine Zweifel hinsichtlich des vom Computerprogramm gezeigten, flüssigen Verkehrsgeschehens während der Verkehrsfluss-Simulation aus. Die Realität sehe sicherlich anders aus, vor allem bei Betrachtung des näheren Umfeldes beim Teletta-Groß-Gymnasium in der Heisfelder Straße/Ecke Ostersteg. Dort stau sich der Verkehr bereits heute teilweise bis zum Bummert. Die zuletzt vorgestellte, neue Variante beinhalte viele Vorteile, die Stadt habe jedoch kein Geld hierfür. Er meinte, man komme ein wenig vom Thema ab. Es gelte, den Unfallschwerpunkt zu entschärfen. Die Stadt müsse sich fragen, was zu den Unfällen führe, um

gezielt Problemlösungen zu erarbeiten. Positiv sei, dass es am Bummert z.Zt. nahezu keine Staus gebe. Dies müsse erhalten bleiben. Er lehne die Vollbeampelung daher ab. Viele Radfahrer würden auf der falschen Seite fahren, was auch Unfälle verursache. Er befürchte, dass dieses Falschverhalten bei Rückstaus in Folge von Wartezeiten vor einer Ampel noch verstärkt werde. Je komplizierter die Querung, desto mehr falsche Schleichwege würden gesucht und auch genommen. Er plädiere dafür, kurzfristig andere Möglichkeiten als die Vollbeampelung zu suchen und umzusetzen, um die Unfallzahlen zu senken, wie z.B. ein Stoppschild an der Friesenstraße/Ecke Heisfelder Straße aufzustellen. Die Gruppe Grüne/CDL habe deshalb einen entsprechenden Antrag u.a. auf Tempo 30 am Bummert gestellt. Sie halte die Vollbeampelung für nicht zielführend und außerdem für finanziell unangemessen.

Herr Dr. Schwerdhelm sagte, dass die Verkehrsfluss-Simulation trotz eingeplanter erhöhter Verkehrsteilnehmer-Zahlen keine Staus gezeigt habe. Ansätze einer Verkehrsstockung seien schnell wieder aufgelöst worden. Es habe bereits vielfältige Überlegungen und Alternativen für eine schnelle Verbesserung der Unfallzahlen gegeben, welche jedoch immer wieder aus verschiedenen Gründen verworfen werden mussten. So sei z.B. die Idee aufgetaucht, bei der Querung in der oberen Heisfelder Straße eine Ampel aufzustellen. Dies wurde als unzureichend abgelehnt, die Notwendigkeit einer weiteren Ampel am Übergang in der Friesenstraße wurde diskutiert und auch wieder verworfen. Eine „kleine Lösung“ sei nicht möglich gewesen. Der Bummert sei eine Unfallhäufungsstelle.

Herr Rediker teilte hierzu erläuternd mit, dass die Definition einer Unfallhäufungsstelle beinhalte, dass dort in einem Jahr mindestens 5 Unfälle gleicher Art bzw. in 3 Jahren 5 Unfälle mit Leichtverletzten und 3 Unfälle mit Schwerverletzten passierten. Damit sei der Bummert eine Unfallhäufungsstelle.

Herr Dr. Schwerdhelm führte weiter aus, dass die Unfälle verschiedene Ursachen hätten, u.a. teilweise schlechte Sichtbeziehungen und eine unübersichtliche Verkehrssituation. Durch eine Vollbeampelung würden ggf. noch immer Auffahrunfälle passieren, gleichzeitig jedoch insgesamt weniger Unfälle und mit weniger Schwerverletzten. In diesem Zusammenhang nannte er volkswirtschaftlich betrachtet die durchschnittlichen Werte für die Kosten bei Verletzungen. Bei Schwerverletzten beliefen sich diese auf ca. 130.000 Euro, bei Leichtverletzten auf 20.000 - 30.000 Euro. Die Vollbeampelung sei auch vor diesem Hintergrund in jedem Fall finanziell angemessen.

Herr Schmidt erläuterte, dass eine Entschärfung des Knotenpunktes Bummert bzw. eine Minimierung der Unfallzahlen selbstverständlich notwendig sei. Gleichwohl sei auch die Gruppe SPD/Die Linke nicht von der Vollbeampelung überzeugt. Er halte die ganz neu erarbeitete, heute vorgestellte Variante zwar auf die Schnelle für gut, sie müsse jedoch in der Fraktion ausführlich besprochen werden. Sie beinhalte zudem eine Verdoppelung der Kosten. Er fragte, ob bei der Gelegenheit ggf. die Wiedereinrichtung eines 2-Richtungsverkehrs in der Friesenstraße auch mit in die Überlegungen einfließen könnte. Auch die Gruppe SPD/Die Linke halte die jetzige Verkehrssituation für zufriedenstellend in Bezug auf den Verkehrsfluss. Zur Vermeidung von Unfällen habe die Grünen-Fraktion den Antrag gestellt, die Geschwindigkeit auf 30 km/Std. zu reduzieren. Seine Fraktion schließe sich diesem Antrag an und wün-

sche, dies ein halbes Jahr lang zu testen. Gleichzeitig sollte die Verwaltung in Form einer Vorlage die heute vorgestellte, neue Variante aufbereiten mit allen für eine Entscheidung notwendigen Informationen, wie z.B. Zahlen und Planunterlagen.

Herr Dr. Schwerdhelm wandte hierzu ein, dass die Einbeziehung eines 2-Richtungsverkehrs in der Friesenstraße den Rahmen sprengen würde. Dies sei eine ganz andere Frage und würde zu noch viel höheren Umbau- und Planungskosten führen, da auch der gesamte Stadtring einbezogen werden müsste.

Herr Foest trug vor, dass die Situation am Bummert in den Fraktionen bereits seit Jahren diskutiert worden sei. Auch gestern sei erneut ausgiebig hierüber gesprochen worden. Die heute vorgestellte neue Variante sei eine neue Entscheidungssituation, die gut überlegt sein will. Er bat darum, in die Überlegungen die umliegenden kleinen Straßen mit einzubeziehen, wie z.B. die Gaswerkstraße und die Schillerstraße. Dort dürfe es keinen Aufstau geben. Außerdem müsse bedacht werden, dass der Landkreis Leer einen Bildungscampus plane, welches zusätzlichen Verkehr nach sich ziehe. Zu den Kosten sagte er, dass diese erfahrungsgemäß leicht zu niedrig angesetzt würden, so dass er davon ausgehe, dass sie tatsächlich ggf. zwischen 500.000 Euro und einer Million Euro liegen würden. Das sei sehr teuer.

Die CDU-Fraktion halte die Vollbeampelung nicht für optimal, auch wenn sie vor dem Hintergrund der Unfallzahlen von der Unfallkommission als notwendig erachtet werde. Er glaube nicht, dass sich die Unfallzahlen dadurch senken lassen. Fraglich sei, ob durch kleine Modifizierungen ggf. Verbesserungen eintreten könnten, wie z.B. eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/Std.. Die Geschwindigkeit sei jedoch nicht Hauptursache für die Unfälle, so dass die Reduzierung hier keinen großen Erfolg verspreche. Er habe die Idee, die nördliche Querung in der Ubbo-Emmius-Straße für die Radfahrer dahingehend zu verändern, dass der Radweg ca. 2 Meter verbreitert/in Richtung des Denkmals verlegt werde, so dass die Radfahrer im rechten Winkel auf die Querung fahren müssten. Dadurch würde die Geschwindigkeit der Radfahrer gedrosselt und sie seien zudem besser zu sehen, wenn gleichzeitig eine Straßenlaterne umgestellt und ein Busch entfernt werde. Seiner Ansicht nach sollten Verkehrsstaus unter allen Umständen vermieden werden, da sie die Erreichbarkeit der Altstadt und Innenstadt einschränkten und damit auch die Attraktivität senkten. Er befürchte außerdem bei der Vollbeampelung den großen nachteiligen Effekt, dass der Umfahungsverkehr durch die Weststadt (Hajo-Unken-Straße, Edzardstraße, Burfehner Weg) in beiden Richtungen verstärkt werde. Nichtsdestotrotz sei die verkehrsrechtliche Anordnung offenbar rechtlich bindend und umzusetzen. Menschenleben sollten nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die vielen befürchteten Nachteile der Vollbeampelung seien jedoch schade, da der Bummert die z.Zt. größte Kreuzung sei, mit dem flüssigsten Verkehr. Zur neuen Variante, die heute vorgestellt worden sei, könne er noch nicht viel sagen, da sie zu überraschend gekommen sei. Wenn sie finanziell und insgesamt umsetzbar wäre, sei sie auf den ersten Blick in Ordnung.

Herr Schoch kündigte an, dass die Verwaltung zum nächsten EKUV am 07.03.2017 hierzu eine Vorlage erarbeiten werde.

TOP 4.2 Bummert
- Tempo 30-Forderung
- Antrag der Gruppe Grüne/CDL vom 30.11.16
Vorlage: 2.61/XVII/0102/2016

Herr Schmidt sagte, dass gemäß der Vorlage der Verwaltung die durchschnittliche Geschwindigkeit am Bummert jetzt schon nur bei 35 km/Std. liege. Eine weitere Reduzierung auf 30 km/Std. verspreche vielleicht keinen großen Effekt, schade jedoch auch nicht. In jedem Fall sei es dann unkritischer für die Verkehrsteilnehmer. Heute sei es so, dass wenn man als PKW-Fahrer aus der Friesenstraße kommend geradeaus in die Ubbo-Emmius-Straße fahren wollte, „einen langen Hals machen“ müsste, um die von rechts aus der Heisfelder Straße kommenden Fahrzeuge rechtzeitig zu sehen. Diese Situation sollte sofort entschärft werden durch ein Stopp-Schild und die Anbringung eines Spiegels. Er stelle hiermit den Antrag, diese Optionen (Tempo 30, Spiegel und Stopp-Schild) mindestens ein halbes Jahr lang auszuprobieren.

Frau Kuhl erinnerte daran, dass es bereits seit 2015 eine verkehrsrechtliche Anordnung auf Vollbeampelung des Bummerts gebe, die dringend umgesetzt werden müsse. Der Landkreis Leer als Aufsichtsbehörde habe die Stadt dahingehend bereits erinnert. Sie mache sich als Bürgermeisterin rechtlich angreifbar, sollte sie nun schuldhaft die Umsetzung verzögern. Sie befinde sich in einer schwierigen Situation. Herr Dr. Schwerdhelm habe die bestmögliche Variante zur schnellen Umsetzung der Anordnung erarbeitet und vorgestellt. Der nun kürzlich gemachte zusätzliche Vorschlag, die Einrichtung einer Linksabbiegespur auf der Ubbo-Emmius-Straße stadtauswärts auf die Heisfelder Straße zu prüfen, könne die Pflicht zum sofortigen Handeln nicht ändern. Die heute gemachten Vorschläge, die Geschwindigkeit auf Tempo 30 zu senken und einen Spiegel und ein Stopp-Schild anzubringen seien alle bereits geprüft und als unzureichend abgelehnt worden. Die Stadt müsse nun als zukunftsfähige Lösung den erarbeiteten Entwurf von Dr. Schwerdhelm umsetzen, notfalls ohne die Zustimmung der Politik. Die Unfallzahlen dürften nicht ignoriert werden.

Herr Krone bekräftigte noch mal die Aussagen der Bürgermeisterin. Die Fachleute seien sich dahingehend einig. Die Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30, die Anbringung eines Spiegels und eines Stopp-Schildes werde es am Bummert nicht geben. Der von Herrn Dr. Schwerdhelm vorgestellte Entwurf zu Vollbeampelung könnte lediglich durch die angesprochene Einrichtung einer Linksabbiegespur verbessert werden.

Herr Runden erkundigte sich danach, ob bei einer Tempo 30 - Zone Zebrastreifen erlaubt seien. Er habe in Erinnerung, dass dies dann verboten sei. Dann würde diese Maßnahme am Bummert unsinnig sein, da die bestehenden Zebrastreifen entfernt werden müssten.

Herr Krone antwortete, dass in einer Tempo 30 - Zone Zebrastreifen in der Tat unzulässig seien.

Herr Rediker fügte ergänzend hinzu, dass man hier unterscheiden müsste zwischen einer Tempo 30 - Zone und einer Beschränkung der Geschwindigkeit auf Tempo 30. Bei der Geschwindigkeitsbeschränkung seien Zebrastreifen sehr wohl zulässig.

Herr Schmidt trug vor, dass Herr Krone zwar eine klare Aussage getätigt habe, er diese Meinung aber nicht teile und dieser sogar widerspreche. Er fordere die Verwaltung auf, seinen Antrag mit der Ergänzung um den Vorschlag von Herrn Foest auf bauliche Veränderung an der einen Querung in der Ubbo-Emmius-Straße zur Radfahrerführung rechtlich zu prüfen. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass diese Vorschläge rechtlich unzulässig seien, müsse dies hingenommen werden.

Herr Schachner begrüßte, dass die Gruppe SPD/Die Linke sich dem Antrag der Grünen-Fraktion angeschlossen habe. Er vermute, dass eine „große Lösung“ nicht vor einem Jahr umgesetzt werden könne. Er plädiere daher dafür, kurzfristig alle Möglichkeiten zu prüfen, mit kleinen Mitteln die Unfallzahlen zu senken. Er weise darauf hin, dass es im Jahresvergleich starke Schwankungen in der Unfallzahl gebe. Angesichts der hohen Zahl an Radfahrern sei die Anzahl der Unfälle relativ gering. Er wiederholte, dass er nicht glaube, dass die Unfälle mit der Vollbeampelung in den Griff zu bekommen seien. Die Politik sollte heute beschließen, kurzfristig die Geschwindigkeit auf Tempo 30 zu reduzieren sowie ein Stoppschild und einen Spiegel aufzustellen und zusätzlich die von Herrn Foest vorgeschlagenen baulichen Veränderungen und Sichtverbesserungen umzusetzen und auszuprobieren. Sollten diese Maßnahmen nichts nützen, könnte immer noch eine Vollbeampelung errichtet werden.

Herr Schoch erwiderte, dass der Stadt der Handlungsspielraum entzogen worden sei. Sie müsse nun nach Recht und Gesetz handeln. Die heute vorgestellten erweiterten Varianten mit der Linksabbiegerspur - einmal mit der Führung der Radfahrer auf der Straße, einmal auf der Nebenanlage - sei erst vor kurzem erdacht worden zur Entlastung der Weststadt vom Schleichverkehr. Diese neuen Varianten seien jedoch mit großen baulichen Umbauten verbunden und wesentlich teurer. Die Stadt sei verpflichtet nun ohne schuldhaftes Verzögern zu handeln.

Herr Foest wandte ein, dass die verkehrsbehördliche Anordnung offenbar bindend sei. Die Bürgermeisterin würde demnach ordnungswidrig handeln, sollte sie diese nicht umsetzen, obwohl die Politik übereinstimmend die Vollbeampelung für unzweckmäßig halte und diese ablehne.

Frau Stammwitz fragte, ob die Anordnung sich auf die jetzige Situation beziehe und ob bei anderen Voraussetzungen ggf. eine andere Entscheidung möglich wäre.

Herr Schoch verneinte dies. Die Anordnung sei eindeutig und abschließend und müsse umgesetzt werden, notfalls ohne politische Rückendeckung, da die Stadt bzw. die Bürgermeisterin sich sonst einer schuldhaften Pflichtverletzung schuldig machen würde.

Herr Runden bemängelte, dass am Bummert jahrelang nichts verändert worden sei, obwohl Gelder im Haushalt zur Verfügung gestanden hätten. Sollte eine Pflicht zur Vollbeampelung bestehen, müsse diese eben erfüllt werden.

Herr Schachner fragte, wer in der sogenannten Unfallkommission sitze.

Herr Schoch antwortete, dass dort u.a. die Verkehrsbehörden der Stadt und des Landkreises Leer sowie der Verkehrssachbearbeiter der Polizei vertreten seien. Die

städtische Verkehrsbehörde würde die Empfehlungen in Form einer Anordnung umsetzen.

Protokollergänzung:

Der Unfallkommission gehören Vertreter der folgenden Behörden an:

- 1. Straßenbaubehörde der Stadt Leer, Tiefbau für die Gemeindestraßen*
- 2. Straßenbaubehörde des Landkreises Leer, Amt für Kreisstraßen für die Kreisstraßen*
- 3. Nds. Landesbaubehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich für die Landes- und Bundesstraßen*
- 4. Straßenmeisterei Leer*
- 5. Verkehrsbehörde Stadt Leer*
- 6. Verkehrsbehörde Landkreis Leer*
- 7. Verkehrsbehörde Moormerland*
- 8. Polizeiinspektion Leer-Emden*
- 9. Verkehrsberater Mobilität der Schulen im Kreis und der Stadt Leer*

Frau Kuhl verwies auf die von Herrn Dr. Schwerdhelm vorgetragene Zahlen zu den Unfällen am Bummert. Diese hätten eindeutig das Vorliegen einer Unfallhäufungsstelle belegt. Sie könne die Verweigerungshaltung der Politik nicht nachvollziehen. Die Verwaltung habe die Verpflichtung, zu handeln. Sie benötige die politische Rückendeckung, da Haushaltsmittel notwendig seien. Sie appelliere daher an die Politik, die Vollbeampelung zu beschließen. Über die Umsetzung einer kostenträchtigeren größeren Lösung mit umfangreichen Umbauten müsse noch entschieden werden.

Herr Schmidt wiederholte seinen bereits gestellten Antrag, die Zulässigkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30, die Anbringung eines Stopp-Schildes und eines Spiegels und die heute vorgeschlagenen baulichen Maßnahmen zu prüfen und in einer Testphase durchzuführen. Während dessen sollte die Verwaltung eine Vorlage zu den heute neu vorgestellten Varianten erarbeiten. Die Verkehrskommission sollte während der Testphase zum Umdenken bewegt werden.

Herr Foest äußerte, dass die von Herrn Schmidt vorgeschlagenen Maßnahmen nach Aussage der Fachleute offenbar rechtswidrig seien. Damit könne die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen und müsse sich zumindest enthalten, auch wenn sie die damit verbundenen „kleinen“ Maßnahmen eigentlich bevorzuge statt der Vollbeampelung.

Herr Schmidt antwortete, dass kein rechtswidriger Beschluss gefasst werden sollte. Er beantrage die rechtliche Prüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen und die probeweise Umsetzung bei ihrer Zulässigkeit.

Auf Nachfrage von Herrn Schachner, was mit dem Antrag der Gruppe Grüne/CDL geschehe, antwortete Frau Kuhl, dass der Antrag von Herrn Schmidt diesen beinhaltet, ja sogar darüber hinausgehe und damit Berücksichtigung finde.

Beschluss (7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen):

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Knotenpunkt Bummert die folgenden Optionen kurzfristig zu prüfen und bei rechtlicher Zulässigkeit umgehend für einen Probezeitraum von mindestens einem halben Jahr umzusetzen:

- 1.) Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/Std.
- 2.) Aufstellung eines Stopp-Schildes in der Friesenstraße für die Fahrrichtung in die Ubbo-Emmius-Straße und zusätzlich Anbringung eines Spiegels zur Verbesserung der Sicht.

Außerdem ist eine bauliche Veränderung im Einfuhr-Bereich der nördlichen Radfahrer-Querung in der Ubbo-Emmius-Straße zur Verbesserung der Sicht von Fahrzeugen auf die Radfahrer und Verlangsamung des Fahrtempos der Radfahrer zu prüfen und bei Machbarkeit umzusetzen (Verbreiterung/Verlegung des Radfahrerweges um ca. 2 Meter in Richtung des Denkmals, so dass die Radfahrer im rechten Winkel auf die Querung fahren) und gleichzeitig sichtbehindernder Bewuchs zu reduzieren.

TOP 5 Radverkehrskonzept - Sachstandsbericht

Herr Cuno trug den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Stadt vor.

(Der Sachstandsbericht wird dem Protokoll beigelegt und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.)

Frau Bonow informierte darüber, dass ihres Wissens das Land Niedersachsen 32 Millionen Euro für die Förderung des Radverkehrs für 2017/2018 vorgesehen habe. Sie fragte, ob die Stadt vorhabe, hier Fördermittel zu beantragen.

Herr Schoch bejahte dies. Es gebe einige Projekte, für die eine Förderung in Frage käme, wie z.B. für Radstationen. Die Verwaltung werde dies im Auge behalten und sich darum kümmern.

Herr Schachner erkundigte sich nach dem Radparkhaus am Bahnhof.

Herr Schoch wandte ein, dass die Förderantragstellung grundsätzlich sehr aufwändig sei, so dass die Antragstellung bei relativ kleinen Maßnahmen nicht lohne und daher nur bei Maßnahmen mit hohem Finanzvolumen gemacht werde, wie z.B. für die Umgestaltung des Innenstadtringes.

Herr Cuno berichtete, dass für einen Fahrradstellplatz eine Förderung in Höhe von jeweils 1.500 Euro gewährt werde. Bei 400 Stellplätzen bedeute dies eine Förderungssumme von 600.000 Euro. Die Stadt müsse jedoch auch entsprechende Eigenmittel einplanen.

Herr Schoch fügte ergänzend hinzu, dass die Stadt diesbezüglich in der Bearbeitung sei.

Herr Schachner fragte, ob die Teilnahme an der Zertifizierung als fahrradfreundliche Stadt überhaupt Aussicht auf Erfolg habe bzw. der Zeitaufwand sich lohne, da die Stadt in den letzten Jahren nicht sehr viele Maßnahmen umgesetzt habe.

Herr Cuno erwiderte, dass die Stadt auf jeden Fall Aussicht auf eine Zertifizierung habe, da sie die entsprechenden politischen Beschlüsse vorweisen könne und Gelder hierfür zur Verfügung gestellt worden seien. 2 Mitarbeiter der Planungsgemeinschaft Verkehr (PGV), die mit der Stadt zusammenarbeiteten, stünden in engem Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) und hätten dies bestätigt.

TOP 6 Klimaschutzkonzept - Sachstandsbericht

Herr Everth trug seinen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes vor.

(Der Bericht wird dem Protokoll beigelegt und ist im Ratsinformationssystem öffentlich einsehbar.)

Herr Schmidt erkundigte sich danach, wie weit der Ausbau der Infrastruktur für die Ausweitung der E-Mobilität fortgeschritten sei. Es gebe einen Auftrag seitens der Politik, dies voranzutreiben. So sei die Verwaltung beauftragt worden, Gespräche mit der EWE zu führen zum Bau von Ladestationen. Außerdem fragte er, vor dem Hintergrund, dass die Stadt bei Neuanschaffung von Dienstfahrzeugen künftig Elektroautos kaufen sollte, wie viele E-Autos sich nun im Fuhrpark befänden.

Herr Everth antwortete, dass die Stadt derzeit über einen Touran und ein Postauto verfüge. E-Autos seien bisher noch nicht angeschafft worden. Es sei beabsichtigt, das Postauto des Hausmeisters durch ein E-Auto zu ersetzen.

Herr Schoch informierte darüber, dass die Stadt sich mit dem Landkreis Leer abgestimmt habe hinsichtlich der Standorte von E-Stationen, z.B. am Osterstegparkplatz, in der Georgstraße, an der Blinke und an der Großen Bleiche.

Herr Schachner fragte zum Thema CO₂-Bilanz, ob Herr Everth zum vom Klimaschutzkonzept abweichenden Energiekonzept des künftigen Schwimmbades CO₂-Daten liefern könnte.

Dies verneinte Herr Everth, da er dort nicht involviert gewesen sei.

Herr Schoch teilte ergänzend mit, dass die hohe Fördermittelsumme in Höhe von 1 Millionen Euro den Ausschlag für das Energiekonzept des neuen Schwimmbades gegeben habe.

Herr Everth fügte hinzu, dass die Verwendung von Bio-Gas auch CO₂-neutral sei.

Herr Beening erkundigte sich danach, ob es eine App geben werde für Fahrer von E-Autos, um die Ladestationen in Leer zu finden.

Herr Everth antwortete, dass dies über moderne Navigationsgeräte automatisch angezeigt werde.

TOP 7 Informationen

TOP 7.1 Rinnenanlage Ostersteg

Herr Schoch bezog sich auf die Anfrage von Herrn Foest im EKUV am 20.10.16 zum schlechten Zustand der Rinnenanlage an der Heisfelder Straße zwischen Ostersteg und Bummert. Die Stadtwerke würden diesen Bereich seit dem Jahre 2014 in ihre wöchentlichen Kontrollen einbeziehen und bei Bedarf mit Kaltbitumen ausbessern. Eine sinnvolle und dauerhafte Reparatur würde im Zusammenhang mit dem Umbau der Bummertkreuzung durchgeführt werden. Es müssten die gesamten Rinnensteine ausgetauscht werden mit Eingriff in den Straßenkörper, welches aufwändig und derzeit nicht notwendig sei.

TOP 7.2 Pflegearbeiten Flächenpool Königsmoor

Herr Schoch berichtete, dass im Jahre 2005 das Gelände der ehemaligen Baumschule Hesse in Königsmoor renaturiert worden sei. Die Baumschulflächen seien abgeräumt, renaturiert (Anlage von Tümpeln und Feuchtbiotopen) und vernässt worden, soweit die Örtlichkeiten dies zuließen.

Die Flächen seien an den NABU zur Pflege (5.000,00 EUR/Jahr) verpachtet, ähnlich der Pflege der Flächenpoolgebiete Coldam und Thedingaer Vorwerk, jedoch durch Schafe und Ziegen beweidet. Eine Beweidung mit Heckrindern und Koniks sei aufgrund der Örtlichkeiten nicht möglich. Nachdem ab dem Jahre 2009 auch eine Beweidung mit Schafen und Ziegen nicht mehr möglich gewesen sei, wären die Flächen anfangs maschinell kurz gehalten, die Pflege durch den NABU dann allerdings aufgegeben worden.

Nach Gesprächen mit dem NLWKN-OL und der unteren Naturschutzbehörde, dem Landkreis Leer, im Dezember 2014 und Oktober 2016 (nur UNB LK Leer) sollten die seitdem aufgewachsenen Gehölzbestände wieder entfernt werden. Das städtische Flächenpoolgebiet Königsmoor liege in Nachbarschaft des FFH-Gebietes Wolfsmeer und des Landschaftsschutzgebietes „Am Wolfsmeer/Veenhuser Königsmoor“, für welche das Landschaftsentwicklungskonzept „Veenhuser Königsmoor“ ausgearbeitet worden sei.

Es sei geplant, den sich inzwischen wieder entwickelten Gehölzbestand (u.a. Birken, Erlen, Weiden, Brombeeren sowie Ausschlag von ehemaligen Baumschulgewäch-

sen) zu entfernen (entkusseln), damit sich die schon gebildeten nassen, sumpfigen Bereiche mit z. T. schon wertvollen Pflanzenbeständen weiter ausbreiten und entwickeln können, so wie es auch das Kompensationsziel dieses Flächenpools formuliere:

- Entwicklung von großflächigen, nassen Hochmoordegenerationsstadien mit nährstoffarmen Kleingewässern, Röhrichte und Seggenriedern.

Die Entkusselungsarbeiten (Entfernung der Gehölzbestände) würden auf 15-20.000,00 EUR geschätzt und lägen damit noch unterhalb der bereits genannten, jährlichen Pflegekosten, welche bei Durchführung der Pflegearbeiten in den letzten fünf Jahren entstanden wären.

Durch die weiter fortschreitende Vernässung verringere sich der jährliche Pflegeaufwand und gleichzeitig würden die Flächen aus Sicht des Naturschutzes immer hochwertiger.

Die beschriebenen Pflegearbeiten seien bereits ausgeschrieben und würden im Februar 2017 durchgeführt werden. Entsprechende Haushaltsmittel stünden aus 2016 zur Verfügung.

TOP 7.3 Erneuerung Fußgängerbrücken im Naherholungsgebiet sowie in der öff. Grünfläche am Diekeldammschloot

Herr Schoch informierte darüber, dass von den im Naherholungsgebiet Westerhammrich Anfang der 90er Jahre angelegten acht Fußgängerbrücken drei Brücken so marode seien, dass ein Abriss und Neubau erforderlich sei. Die Brücken sollten wie bisher in Holzbauweise, jedoch die tragende Konstruktion aus feuerverzinkten Doppel-T-Trägern erstellt werden, um eine längere Haltbarkeit zu erzielen. Da die verfügbaren Mittel nur begrenzt seien, würden vorerst zunächst nur zwei Brücken erneuert.

Die auch in den 90er Jahren angelegte Fußgängerbrücke in der öffentlichen Grünfläche am Diekeldammschloot sei ebenfalls so marode, dass ein Abriss und Neubau erforderlich werde. Auch diese Brücke sollte wie bisher in Holzbauweise, jedoch die tragenden Konstruktion aus feuerverzinkten Doppel-T-Trägern erstellt werden, um eine längere Haltbarkeit zu erzielen. Mittel stünden hierfür zur Verfügung.

Die Kosten pro Brücke würden auf 17.500 Euro geschätzt.

TOP 7.4 Umgestaltung des Ernst-Reuter-Platzes

Herr Schoch trug vor, dass es bezüglich des Ernst-Reuter-Platzes die Forderung der Politik nach einer barrierefreien Umgestaltung gebe. Die Verwaltung habe verschiedene Probepflasterungen verlegt und Planungsvarianten vorgestellt. Auf der Grundlage des Beschlusses im EKUV am 10.03.16 sei die Verwaltung beauftragt worden,

die Planungen auf der Grundlage des vorgestellten Konzeptes weiterzuführen. In weiteren Gesprächen mit den Anliegern sollte ein gemeinsames Finanzierungskonzept erarbeitet sowie Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Vor Beginn der Baumaßnahme müsse mit der Entwurfs- und Ausführungsplanung sowie darauf folgend mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen begonnen werden. Das Vermessungsbüro Hattermann habe im Auftrag der Stadt für den gesamten Platz einschließlich Kuppenwarf ein Höhennivellement durchgeführt. Die Verwaltung veranschlage im Rahmen einer Kostenschätzung ca. 2,3 Millionen Euro für die Umsetzung der Maßnahme. Abstimmungsgespräche mit den Platzanliegern seien nun notwendig. Auf Grund umfangreicher anderer städtischer Baumaßnahmen und den zeitaufwändigen planerischen Vorarbeiten könne mit der Umgestaltung des Ernst-Reuter-Platzes jedoch frühestens ab 2018 begonnen werden. Wegen der hohen finanziellen Aufwendungen würde sukzessiv vorgegangen.

TOP 7.5 Umgestaltung der Fußgängerzone

Herr Schoch berichtete, dass für den 2. Bauabschnitt der Fußgängerzone (FGZ) ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 120.000 Euro für 2017 vorgesehen sei. Dies werde im Haushalts- und Finanzausschuss am 12.01.17 behandelt. Lt. Maßnahmenplan FGZ des Büros NWP sei die FGZ in unterschiedliche Bauabschnitte eingeteilt. Die vorgestellten wichtigsten Gestaltungselemente seien die Wegnahme der südlichen, schlecht gewachsenen Bäume, ein durchgängiges Pflasterband und ein einheitliches Erscheinungsbild. Eine Kostenschätzung in Höhe von insgesamt 2 Millionen Euro sei für die Umsetzung der gesamten Maßnahmen durch das Büro NWP veranschlagt worden. Analog zur Finanzierung des Denkmalplatzes sollten die Anlieger der Fußgängerzone beteiligt werden. Sobald schriftliche Zusagen von Anliegern der einzelnen Bauabschnitte vorlägen, werde die Stadt ihren Eigenanteil bereitstellen, so dass die gemeinschaftliche Finanzierung gesichert sei und eine bauliche Umsetzung erfolgen könne. Nach Klärung der Rahmenbedingungen werde über eine Umsetzung diskutiert werden.

TOP 8 Anfragen

TOP 8.1 Parkbuchten Norderkreuzstraße

Herr Bruns wies darauf hin, dass die 6-7 Parkbuchten in der Norderkreuzstraße, die eigentlich für die Anwohner gedacht seien, häufig von Fremden blockiert würden. Er fragte, ob diese problematische Situation verbessert werden könnte.

Herr Vogelsang sagte eine Überprüfung zu. Der Parkdruck sei in diesem Bereich sehr hoch.

TOP 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

TOP 9.1 Bummert

Herr Özdemir erkundigte sich danach, ob die Unfallstatistik auch aufzeige, an welcher Stelle des Bummerts die verschiedenen Unfälle passiert sind.

Dies bejahte Herr Rediker.

Herr Özdemir fragte, in Bezug auf die behördliche Anordnung zum Bummert, ob die Empfehlung der beratend tätigen Unfallkommission Ampeln zur Reduzierung der Unfälle beinhaltete oder ob lediglich von Maßnahmen zur Reduzierung der Unfälle die Rede gewesen sei.

Herr Krone erwiderte, dass alle Fachleute der Unfallkommission, also die Vertreter der Straßenbaubehörden, der Polizei und der Verkehrsbehörden, übereinstimmend nach intensiver Beratung die Installation einer Vollbeampelung für den Bummert als geeignetes Mittel zur Reduzierung der hohen Unfallzahlen gefordert hätten. Daraufhin sei die Vollbeampelung auch von der Verkehrsbehörde angeordnet worden.

Herr Özdemir bat um Auskunft, was passieren würde, wenn die Lichtsignalanlage am Bummert nicht dazu führe, die Unfallzahlen zu reduzieren. Er fragte, welche Auswirkungen es hätte, wenn der heute beschlossene Testversuch mit der Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 etc. zu einer Unfallreduzierung führte.

Herr Vogelsang antwortete, dass die Unfallkommission sich seit ca. 10 Jahren mit diesem Thema befasse. Alle heute vorgeschlagenen Maßnahmen, wie z.B. Temporeduzierung, Aufstellen von Schildern oder Spiegeln, sind bereits mehrfach besprochen und als nicht ausreichend bzw. zielführend wieder verworfen worden. Sollte auch die Vollbeampelung nicht zu einer Reduzierung der Unfallzahlen führen, müsse selbstverständlich erneut nach einer anderen Lösung gesucht werden. Er sei aber von der Wirksamkeit der Vollbeampelung überzeugt. Dies zeigten die Erfahrungen bei anderen Kreuzungen im Stadtgebiet. Die Sachbearbeiter in der Unfallkommission und in der Verkehrsbehörde seien keine Laien.

Herr Özdemir wollte wissen, ob die von Herrn Dr. Schwerdhelm gezeigte Verkehrssimulation auch erweitert werden könne um den problematischen Bereich der Heisfelder Straße vom Bummert bis zur Ecke am Ostersteg.

Herr Schoch erwiderte, dass dies grundsätzlich möglich wäre, dass dies jedoch von der Stadt extra beauftragt werden müsste. Am Ostersteg stehe eine Bedarfsampel, die auf Knopfdruck von Fußgängern oder Radfahrern aktiviert werde. Dies sei schwer darstellbar. Denkbar seien auch Haltestreifen für Ladefahrzeuge zur Entlastung des fließenden Verkehrs in dem Bereich.

Herr Schmidt wandte hierzu ein, dass der Anlieferverkehr in diesem Abschnitt der südlichen Heisfelder Straße ein Problem darstelle. Halteverbote würden dort nicht funktionieren.

Herr Schoch sagte, dass er von einer Kurzparkzone auf einem Teil des Parkstreifens neben den Fahrbahnen spreche, der ggf. für den Lieferverkehr genutzt werden könnte.

Herr Kruse gab den Vorsitz an seinen Stellvertreter, Herrn Beening, ab und verließ die Sitzung.

TOP 9.2 Netzsteuerung bei Stromschwankungen

Ein Einwohner fragte, ob der Klimaschutzmanager eine CO₂-Bilanz für das künftige Hallenbad erstellen könnte.

Herr Everth antwortete, dass er keine Prognosen aufstellen würde.

Der Einwohner fragte weiter, ob sich die Stadt - in Bezug auf Windkraft - Gedanken zu einer Möglichkeit der Speicherung von überflüssigem Strom mache bzw. wie bei Wind-bzw. Stromflaute die Netzsteuerung funktionieren könnte.

Herr Schoch erwiderte, dass dies nicht Aufgabe der Stadt sei.

Der Einwohner erkundigte sich, ob sich die Stadt darauf vorbereite, die Stromschwankungen für die Heizung des neuen Hallenbades abzufangen.

Herr Schoch wies darauf hin, dass das Hallenbad mit einem Blockheizkraftwerk betrieben werde, welches wärme- und nicht stromgeführt werde.

Da keine weiteren Fragen gestellt wurden, bedankte sich Herr Beening bei den Zuhörern und beendete den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.13 Uhr. Die Zuhörer verließen den Saal.

Anschließend eröffnete Herr Beening den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Jochen Kruse

gez. Beatrix Kuhl

gez. Insa Seiwald

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer/in